

An: Nachrichtenagenturen
Chefs vom Dienst

Berlin, 16. Juli 2017

Achtung! Eilt! Bitte Chef vom Dienst sofort vorlegen!

bericht aus **berlin** ¹

Sendung vom 16. Juli 2017, 18.30 Uhr, Das Erste
Moderation: Tina Hassel und Thomas Baumann

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
die ARD sendete heute am Sonntag, dem 16.07. 2017, im „Bericht aus Berlin“ ein Gespräch mit Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Den vollständigen Wortlaut des Interviews finden Sie als Text im Anschluss sowie als Video zum Einbinden auf dem Youtube-Channel des ARD-Hauptstadtstudios unter www.youtube.com/ARDHauptstadtstudio

Pressefotos: auf www.ard-foto.de

Auszüge oder Zitatverwendung ab sofort frei, bitte immer unter Quellenangabe „Bericht aus Berlin“ – ARD-Hauptstadtstudio!

Tina Hassel, Chefredakteurin, ARD-Hauptstadtstudio: Unser Sommerinterview steht diesmal unter besonderen Vorzeichen: der Sommer lässt auf sich warten, deshalb senden wir aus dem Foyer des ARD-Hauptstadtstudios. Außerdem läuft der Countdown, bis zur Bundestagswahl sind es nur noch zehn Wochen. Für unseren heutigen Gast, die Kanzlerin, ist es das letzte größere Fernsehinterview vor ihrer Sommerpause. Und das erste nach einem G20-Gipfel, der die politische Debatte noch immer beschäftigt. Herzlich willkommen, Frau Kanzlerin.

Angela Merkel, CDU, Bundeskanzlerin: Hallo.

Thomas Baumann, stellv. Chefredakteur, ARD-Hauptstadtstudio: Frau Bundeskanzlerin, die Auswahl des Ortes für G20 haben Sie als deutsche Regierungschefin getroffen! Das Sicherheitskonzept für Hamburg war ein gemeinsames – von Hamburg und dem Bund. Und jetzt geht das ganze Chaos mit Olaf Scholz nach Hause. Halten Sie es für angezeigt, auch bei den Hamburgern sowie Olaf Scholz zu entschuldigen?

Merkel: Also erstens werden solche Orte natürlich in Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden ausgewählt. Das wähle nicht ich aus, sondern da gibt es Empfehlungen und da war klar, es muss in einem Ballungsgebiet stattfinden. Dann ist die Wahl auf Hamburg getroffen worden. Und das ist meine

ARD ¹
HAUPTSTADTSTUDIO

Arbeitsgemeinschaft
der öffentlich-rechtlichen
Rundfunkanstalten der
Bundesrepublik Deutschland

Bayerischer Rundfunk
Hessischer Rundfunk
Mitteldeutscher Rundfunk
Norddeutscher Rundfunk
Radio Bremen
Rundfunk Berlin-Brandenburg
Saarländischer Rundfunk
Südwestrundfunk
Westdeutscher Rundfunk Köln
Deutsche Welle

Entscheidung auch gewesen natürlich und deshalb habe ich mich gefreut, dass Olaf Scholz „ja“ gesagt hat und wir haben das gemeinsam gestaltet und dabei sind auch Dinge passiert, die absolut nicht akzeptabel sind und dafür habe ich genauso die Verantwortung wie Olaf Scholz und drücke mich auch nicht davor und trotzdem glaube ich, dass dieser Gipfel wichtig war. Und dass man das, was dort passiert ist an Gewalt auch deutlich verurteilen muss und sicherlich wird auch in der Nacharbeit noch geschaut werden, was kann man gegebenenfalls besser machen. Ich will jedenfalls den Sicherheitsbehörden und vor allen Dingen den Polizistinnen und Polizisten ausdrücklich danken.



Hassel: Frau Merkel, was will die Union eigentlich? Die Hamburger CDU fordert den Rücktritt von Herrn Scholz. Ihr Kanzleramtsminister Altmaier hat sich bewusst an die Seite von Herrn Scholz gestellt. Ist das ein Spiel mit unterschiedlichen Rollen oder wie erklären Sie das?

Merkel: Nein, wir sind eine vielfältige Partei und ich habe mit der Hamburger CDU gesprochen, habe ihr ganz deutlich gesagt, dass ich das für falsch halte. Das gesamte Präsidium und der Bundesvorstand der CDU mit Ausnahme Hamburgs stehen zu diesem Gipfel, stehen dazu, dass Hamburg das gemacht hat. Unterstützen Olaf Scholz....

Hassel: ... also da spielt man nicht bad cop - good cop?

Merkel: Nein, überhaupt nicht. Das wäre doch ganz falsch. Ich bitte Sie. Ich habe doch eben gesagt, jeder weiß, ich war die Gastgeberin, die Bundesregierung war die Gastgeberin, Olaf Scholz hat sich bereit erklärt, das durchzuführen. Da jetzt hinterher sich auseinander dividieren zu lassen, wäre aus meiner Sicht abenteuerlich. Aber wie gesagt, Volkspartei, Vielfalt, die Opposition dort meinte, sie muss es anders sehen.

Baumann: Frau Merkel, nun dürfen auch unsere Bundeswehrsoldaten im Awacs-Einsatz im türkischen Konya nicht von Abgeordneten des Deutschen Bundestages besucht werden. An Konya ist speziell, dass es ein Nato-Stützpunkt ist. Es ist jetzt nicht mehr ein Konflikt alleine zwischen Türkei und der Bundesrepublik, sondern zwischen zwei Bündnispartnern der Nato. Gilt für Konya dasselbe wie für Incirlik, dass wir sagen, wir müssen dort raus und unsere Soldaten abziehen?

Merkel: Also es gilt erst mal dasselbe, was für Incirlik galt, dahingehend, dass unsere Bundestagsabgeordneten natürlich ein Recht haben, die Soldatinnen und Soldaten zu besuchen. Dennoch hängt bei Konya sehr viel mehr dran. Es ist in der Tat eine Nato-Mission, an der die Bundesrepublik einen ganz gewichtigen Anteil hat und deshalb wird auch sicherlich nicht nur die Bundesregierung mit der Türkei sprechen, sondern auch die Nato. Und ich glaube, wir sollten jetzt, eh wir dann Schlüsse ziehen, erst einmal die Gespräche abwarten und hier weiter auch

mit Hilfe der Nato gemeinsam diese Dinge besprechen. Das Ganze ist misslich, ausgesprochen misslich. Wir ziehen jetzt aus Incirlik ab. Das reißt schon eine kleine Lücke, aber noch vertretbare Lücke und bei dem andern muss man weiter im Gespräch bleiben.

Hassel: Frau Merkel, wir haben aus sicheren Quellen gehört, dass die Türkei auch politische Forderungen stellt für den Besuch der Abgeordneten. Zum Beispiel die Auslieferung von Türken, die hier Asyl beantragt haben oder beantragen. Ist das versuchte Erpressung?

Merkel: Wir haben das Besuchsrecht für unsere Soldatinnen und Soldaten unbeschadet irgendwelcher Nebenforderungen. Das ist vollkommen klar. Das haben wir bei Incirlik so deutlich gesagt. Hier bei Konya müssen wir einfach die Gesamtsituation sehen. Der Kampf gegen den IS ist in einer entscheidenden Phase und da muss man Verlässlichkeit gegen dieses Recht abwägen, aber Randbedingungen wird es da mit Sicherheit mit uns nicht geben.

Hassel: Aber kurz nachgefragt, weil der Einsatz so wichtig ist, wie Sie es ja beschreiben, würden immer noch dieselben Regeln gelten oder gäbe es da eine Parlamentsarmee light?

Merkel: Nein, ich sagte doch, trotzdem kann man ja überlegen, dass man noch ein wenig versucht zu sprechen darüber, darüber zu reden, Alternativen zu diskutieren. Das alles muss ja in Ruhe erfolgen und kann in diesem Falle nicht allein zwischen Bundesregierung und der türkischen Regierung gemacht werden, sondern es ist eben eine Nato-Mission.

Baumann: Aber ich habe es noch nicht verstanden, Frau Bundeskanzlerin, die Frage war ja, hat es den Versuch eines Deals gegeben, so dass die türkische Seite, die türkische Regierung gesagt hat, wenn ihr unseren Forderungen nachkommt, beispielsweise Oppositionelle oder Menschen, Türken, die um Asyl suchen in Deutschland, herauszugeben, dann dürft ihr besuchen?

Merkel: Also, Frau Hassel hat eben von Quellen gesprochen. Ich kenne diese Quellen nicht. Ich sage nur, sollte es sie geben, weil ich das nicht weiß, würden wir das rundweg ablehnen, weil es gibt keine Verhandlungssache, zumal unsere Fragen von Asylgewährung und die Fragen, wenn Menschen hier um Schutz bieten ... völlig unabhängig davon und auch nicht von der Bundesregierung entschieden werden, sondern von den entsprechenden Stellen. Also die Sache hat nichts, aber auch gar nichts miteinander zu tun. Darauf wird die Bundesregierung nicht eingehen.

Hassel: Dann danke noch mal für die Klarstellung. Dann kommen wir zu einem anderen Thema, zum Klima. Sie haben darum gekämpft auf dem G20, dass Klima in der schärfst möglichen Form ins Schlusskommuniqué gekommen ist. Sie gelten



international als die Klima-Kanzlerin. Zuhause aber fällt die Bilanz nicht ganz so deutlich und gut aus. Wann gibt es ein verbindliches Datum für einen CO₂-Ausstieg in Deutschland?

Merkel: Einen CO₂-Ausstieg, wir haben gesagt, wir wollen 80 bis 95 Prozent der CO₂-Emissionen bis 2050 einsparen und das Jahrhundert, also zum Ende des Jahrhunderts soll man weitestgehend CO₂-frei sein, also keinerlei Emissionen mehr haben. Wir haben ja ein klares Ziel erst mal für 2020 und da haben wir in der Tat alle Hände voll zu tun, das zu erreichen. Dazu hat die Bundesumweltministerin und das hat dann die Bundesregierung beschlossen, einen Klimaschutzplan aufgestellt und dieser Klimaschutzplan muss ...



Hassel: ... erst mal ohne konkretes Datum für den Ausstieg?

Merkel: Ja, der Klimaschutzplan zeigt doch jetzt erst mal auf, wie wir von 2020 bis 2030 bis 2050 vorangehen. Den Ausstieg, den kann ich heute noch nicht sagen. Das ist auch nicht sinnvoll, dass wir über dieses Ziel 2050 im Augenblick hinausgehen, sondern wir müssen erst mal unser Ziel 2020 erreichen und dann haben wir als nächstes die Frage zu stellen, wie werden wir mit der Braunkohleförderung in Deutschland umgehen? Dazu haben wir, zum Beispiel seitens der CDU in unserem Regierungsprogramm gesagt, wir werden mit den Regionen sprechen, Alternativen für Beschäftigung herausarbeiten und dann kann man auch den Ausstieg ins Auge fassen. Aber was ich sagen wollte, ist, erstes Etappenziel 2020 40 Prozent Reduktion und dazu müssen wir noch weitere Maßnahmen ergreifen und deswegen werden wir, so ist es im Klimaschutzplan der Bundesregierung festgelegt, in dem nächsten Jahr wieder Gespräche führen, wie wir in einigen Sektoren die Dinge noch mal spezifizieren.

Baumann: Frau Bundeskanzlerin, lassen Sie uns über Ihren Stil an einer Stelle dieses Interviews sprechen. Der Außenminister und Vizekanzler, Sigmar Gabriel, hat Ihnen mit Blick auf G20 vorgeworfen, Sie hätten versucht sich zu inszenieren. Inhaltlich sei das ein totaler Fehlschlag gewesen, sagt der Vize-Kanzler. Und Ihre Antwort war: „Schön, dass Herr Gabriel dabei war. Er hat zum Erfolg beigetragen.“ Wie viel Kreide haben Sie da geschluckt und kultivieren Sie diese Masche, Gegner so ins Leere laufen zu lassen?

Merkel: Ich weiß nicht, was Sie mit Masche meinen? Ich habe einen Außenminister gehabt ...

Baumann: ... Sie haben sich doch geärgert sicherlich, wenn der Vize-Kanzler über die Kanzlerin so etwas sagt ...

Merkel: ... ehrlich gesagt, habe ich mich nicht geärgert. Ich habe mich dahingehend gewundert, weil er ja dabei war, war er auch bei der Vorbereitung mitgeholfen hat, weil wir lange und oft darüber gesprochen haben, wenn es

Außenminister mitkommen, wie wir als Bundesregierung Gastgeber sind. Es nehmen normalerweise die Finanzminister teil, aber viele Delegationen bringen auch Außenminister mit. Es werden am Rande wichtige außenpolitische Fragen besprochen und ansonsten bin ich der Meinung, dass der Gipfel inhaltlich wichtig war. Es war in einer Zeit, wo an vielen Stellen Sprachlosigkeit drohte und wir haben viele Dinge gemeinsam besprochen und da wo kein gemeinsames Ziel zu erreichen war, haben wir den Dissens ganz offen ausgesprochen. Und insofern war ich mit dem Verlauf des Gipfels sehr zufrieden.



Hassel: Was die SPD Ihnen ja letztlich vorwirft, ist, kontroversen Debatten lieber aus dem Weg zu gehen. Und wenn man jetzt das letzte Beispiel nimmt, Ehe für alle, da äußern Sie ja eher beiläufig, räumen Sie quasi ein Thema ab, was ein Wahlkampfthema hätte werden können. Haben dann selber für „nein“ gestimmt. Das ist ja von vielen als die Methode Merkel interpretiert worden. Was sagt Frau Merkel zur angeblichen Methode Merkel?

Merkel: Frau Merkel sagt, dass sie auf die Fragen, die ihr gestellt werden, antwortet. Und das war ja in einer anderen öffentlichen Veranstaltung, wo mir zum wiederholten Male die Frage gestellt wurde. Ich habe dort gesagt, dass ich seit den letzten Wahlen über das Thema Adoption, Volladoption bei gleichgeschlechtlichen Paaren sehr viel nachgedacht, auch viel gelesen habe darüber und angesichts der Tatsache, dass Pflegekinder an gleichgeschlechtliche Paare gegeben werden, dass Sukzessiv-Adoption möglich ist, kann man aus meiner Sicht nicht mehr mit dem Kindeswohl einfach argumentieren. Und dann ist eine Situation gewesen, in der wir in der Union über viele, viele Monate die Abstimmung ja nicht zugelassen haben und man hat gemerkt, dass dieses Thema trotzdem die Menschen interessiert und auch im Parlament eine große Rolle spielt. Und da habe ich, weil wir unterschiedliche Positionen innerhalb der Union, das hat sich ja dann auch im Abstimmungsverhalten sehr deutlich gemacht, gesagt, okay, es ist eine wichtige Entscheidung. Es ist auch eine Entscheidung, die vielleicht doch sehr viel mit dem Gewissen zu tun hat. Darüber hatten wir im Übrigen vor der Veranstaltung schon auch mit der CSU gesprochen und jetzt ist die Abstimmung, hat sie stattgefunden und ich glaube, das ist ein Beitrag gewesen zur Befriedung einer Diskussion.

Baumann: Sprechen wir über Ihren Herausforderer, Martin Schulz. Der hat heute in seinem Zukunftsplan für Deutschland den Rückstand unseres Landes bei der Digitalisierung beklagt. Sie, Frau Bundeskanzlerin, haben gestern bei einer Wahlveranstaltung ebenfalls diesen Rückstand Deutschlands bei der Digitalisierung beklagt. Es gibt aber einen Unterschied zwischen Martin Schulz und Ihnen. Sie sind seit knapp 12 Jahren Regierungschefin. Haben Sie sich da Versäumnisse vorzuwerfen?

Merkel: Nein, aber wir müssen einfach feststellen, dass andere noch schneller sind. Wir haben ja in dieser Legislaturperiode in der Großen Koalition mit dem

Wirtschaftsminister Gabriel, jetzt Frau Zypries, unglaublich viel mit der digitalen Agenda auf den Weg gebracht. Wir haben mit dem Infrastrukturminister Alexander Dobrindt in den ländlichen Räumen jetzt eine große Initiative gestartet. Investieren viele Milliarden Euro in den verbesserten Ausbau von Breitband. Aber wir haben einfach noch sehr viel zu tun. Wenn man nach Estland fährt, sieht man, das ist ein kleineres Land, da geht es vielleicht auch einfacher als in einem föderalen Land wie Deutschland, das eben bestimmte Dinge schon normal sind, die wir jetzt erreichen wollen und deshalb haben wir im Zusammenhang mit dem Bund-Länder-Finanzverhandlungen bereits dieses Bürgerportal, was heute bei Martin Schulz heute auch eine Rolle gespielt hat, festgelegt. Wir haben die Verfassung geändert. Wir haben ein Online-Zugangsverbesserungsgesetz verabschiedet, was genau die ...



Hassel: ... ist das schon, was ...

Merkel: ... nein, jetzt möchte ich es gerne nur zu Ende führen. Sie haben mich ja danach gefragt, das ist also das, was wir bereits an Vorbereitung gemacht, um dieses Bürgerportal durchzuführen und ich habe, ich spreche auf meinen Veranstaltungen, wo ich mit Wählerinnen und Wählern spreche, einfach über das, was dann danach ansteht und es ist auch schön, wenn es sich deckt mit dem, was die SPD auch will.

Hassel: Gut, dann ein anderer Punkt, den Martin Schulz in seinem Deutschlandplan heute auch gefordert hat, ist staatliche Investitionen festzuschreiben in der mittelfristigen Finanzplanung, also nicht nur Schuldenbremse festschreiben, sondern auch staatliche Investitionen angesichts des Echos aus Europa, die ja alle sagen, Deutschland müsste mehr investieren, macht das Sinn, wäre das was, wo Sie mitgehen würden?

Merkel: Also in der mittelfristigen Finanzplanung schreiben wir ja an vielen Stellen das schon fest. Wir haben zur Zeit folgendes Problem, wir haben in dieser Legislaturperiode ausgeglichenen Haushalt geschafft, was ich finde, etwas sehr Wichtiges ist für die Kinder und Enkel im Blick auf die Zukunft, und gleichzeitig die Investitionen massiv erhöht. Wir investieren in Breitband. Ich habe es gesagt, wir haben 40 Prozent mehr Investitionen im Straßenbau. Wir haben in die Kitas investiert. Da musste die Familienministerin, Frau Schwesig, sich sogar bitten, dass die Zeitspanne verlängert wird. Und damit kommen wir jetzt zu dem Thema, wir können zurzeit das Geld, was wir haben, nicht ausgeben. Und deshalb sagen wir von der Union im Regierungsprogramm, wir müssen unbedingt die Planungsverfahren beschleunigen. Wir müssen für unbestimmte prioritäre Projekte auch die Zahl der Instanzen verringern, wo man klagen kann.

Hassel: Also Hürden abbauen?

Merkel: ... Hürden abbauen, denn ...

Hassel:... aber nicht eine Summe festschreiben, was Martin Schulz ja will, ist eine Summe, die festgeschrieben steht und die man dann auch investieren muss.

Merkel: ... ja, wir sagen zum Beispiel von den Mehreinnahmen muss man mindestens ein Drittel investieren, kann auch mehr sein. Wir müssen es nur verbauen können. Im Augenblick haben wir das Problem, dass die Preise steigen, weil die Planungs- und Baukapazitäten knapp sind und da das Geld reingeht. Und deshalb sehe ich den Hauptpunkt nicht in der Frage, muss es mehr Geld sein, das kann man dann und muss man dann machen, sondern erst einmal Planungen zu beschleunigen, deshalb haben wir uns auch für eine Infrastrukturgesellschaft im Autobahn-Bau eingesetzt.

Baumann: Frau Bundeskanzlerin, bleiben wir beim Thema ...

Merkel: ... das halte ich für wichtig und da haben wir auch bei der Deutschen Einheit, wenn ich das noch hinzufügen kann, sehr, sehr gute Erfahrungen gemacht, als wir zum Beispiel Instanzen verringert haben bei den Klagewegen. Und wir haben den riesigsten Rückstand, nur das noch, bei dem Bau von Elektrizitätsnetzen, die wir unbedingt für die Energiewende brauchen.

Baumann: Wenn wir in das Wahlprogramm der Union schauen, fällt uns eines auf, Sie, die Union verspricht eine Einkommenssteuerentlastung von 15 Milliarden Euro jährlich. Der Erlös der Einkommenssteuer gehört aber nicht alleine dem Bund. Mehr als die Hälfte Bund und Ländern. Machen Sie da nicht die Rechnung ohne den Wirt und versprechen zu viel?

Merkel: Wir haben das mit unseren Ländern sehr genau besprochen und auch die Bundesländern, in denen die Union regiert. Glücklicherweise sind es zwei mehr geworden ...

Baumann: ... aber es gibt mehr, die von der SPD regiert werden ...

Merkel: ... wir bekommen jetzt wieder, wie es so heißt, den großen Saal. Die Union hat in sehr vielen Ländern, regiert sie zumindest mit. Haben wir mit unseren Ländern gesprochen, das ist ja auch normal, die SPD spricht ja auch erst mal mit ihren Ländern, wenn es um deren Kompetenzen geht und da ist diese Entlastung von allen mitgetragen. Das war mir auch sehr wichtig, weil es ja auch keinen Sinn macht, wenn die Länder zum Schluss sagen, ohne uns.

Hassel: Frau Kanzlerin, vieles der Harmonie, die ja jetzt wieder herrscht zwischen CDU und CSU kann ja auch daran liegen, dass alle strittigen Punkte, Flüchtlingsobergrenze, Mütterrente, nationale Volksentscheide usw. im Bayernplan sind. Ist das so eine Art bayerische Bad Bank, wo die quasi

entrümpelt werden oder kommt der ganze Streit nach dem 24.09. wieder auf den Tisch?

Merkel: Also wir sind schon zwei unterschiedliche Parteien und deshalb hat es in jedem Regierungsprogramm immer auch einen bayerischen Plan, ich weiß nicht, ob es jedes Mal Bayernplan hieß, aber ein bayerisches Programm gegeben, in dem einige Punkte von denen der CDU differieren. Das gehört dazu. Dann muss man natürlich darüber sprechen, aber so wie Sie das dargestellt haben, sehe ich das nicht.

Baumann: Aber nur noch mal, damit es restlos klar wird, Frau Bundeskanzlerin, wenn Horst Seehofer nach dem 24. September wieder kommen sollte und sagt, jetzt schreiben wir die Flüchtlingsobergrenze doch fest oder er will ja auch keinen Koalitionsvertrag unterzeichnen ohne Flüchtlingsobergrenze, dann, so verstehe ich Sie, dann bleiben Sie knallhart beim Nein.

Merkel: Absolut, ja.

Baumann: Oder ist es so wie bei der Pkw-Maut, wo Sie erst sagten ...

Merkel: ... ich habe schon gedacht, dass es wieder kommt. Also zur Obergrenze ist meine Haltung klar. Das heißt, ich werde sie nicht akzeptieren. Wir haben die Gemeinsamkeit, dass wir reduzieren wollen, ordnen, steuern, dass wir Fluchtursachen bekämpfen. Und ich glaube, damit erreichen wir das, was wir wollen auch ohne eine solche Obergrenze. Und zweitens, um das mit der Maut noch mal klar zu sagen. Ich habe das damals deutlich gemacht, keine Maut, die die Autofahrer mehr belastet und genau das ist jetzt so umgesetzt worden.

Hassel: Jetzt erlauben Sie mir nur ganz kurz, wenn Sie sagen, ist klar. Alles andere im Bayernplan könnte aber nach dem 24.09. neu diskutiert werden?

Merkel: Nein, wir hatten schon im letzten Bayernplan, glaube ich, die Volksentscheide auf Bundesebene. Da ist meine Haltung absolut gefestigt, dass ich das unter keinen Umständen möchte. Und wir haben uns, CDU-seitig, eindeutig dafür ausgesprochen, dass wir mehr in Familien investieren, in jüngere Menschen und ich glaube, wenn man dann das Finanztableau anschaut, hat alles ja auch seine Begrenztheiten. Ich finde, wir sollten auch redlich und seriös bleiben.

Baumann: Wenn Sie als Bundeskanzlerin bestätigt werden sollten nach der nächsten Bundestagswahl, können Sie denen, die Sie wählen, garantieren, dass Sie über die volle Distanz von vier Jahren im Amt bleiben?

Merkel: Ich habe deutlich gemacht, als ich wieder angetreten bin, dass ich für vier Jahre antrete. Nun haben wir alle über unser Leben nur bedingt



Verfügungsgewalt, also wenn Sie sagen, garantieren. Aber ich habe die Absicht, die feste Absicht, das auch genauso so zu machen, wie ich es den Menschen gesagt habe, also ich glaube, das gehört zum Vertrauen dazu.

Hassel: Danke, Frau Bundeskanzlerin, das war es nämlich schon wieder unser Sommerinterview mit Angela Merkel. Wir haben es kurz vorher aufgezeichnet. Herzlichen Dank dafür. Und gleich können Sie dann alles ansprechen, was Ihnen noch immer zu kurz gekommen ist bei „Frag Selbst“, mit einem ihrer engsten Vertrauten Merkels, Kanzleramtschef Peter Altmaier, heute um 19.00 Uhr auf dem Facebook live-Kanal der Tagesschau. Machen Sie es gut.



Auszüge oder Zitatverwendung bitte immer unter Quellenangabe

„Bericht aus Berlin“ – ARD-Hauptstadtstudio.

Pressefotos: auf www.ard-foto.de

Bei Rückfragen stehen wir Ihnen gerne telefonisch unter (030) 22 88 -2230 oder -2410 zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Axel Finkenwirth
(Chef vom Dienst)

Weitere Informationen zur Sendung finden Sie unter:

www.berichtausberlin.de

<http://blog.ard-hauptstadtstudio.de>

www.youtube.com/ARDHauptstadtstudio

www.facebook.com/berichtausberlin

www.twitter.com/ARD_BaB